

8.2.3 Besucherfreundliche Aufwertung der Aachener Straße (Antrag der CDU-Fraktion)

Die Bezirksvertretung fasst folgenden ergänzten **Beschluss**:

Die Verwaltung wird gebeten, möglichst noch vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft die Aachener Straße als direkten Zugang zum Stadion attraktiver für Besucher zu gestalten.

Über diese Maßnahmen hinaus wird die Verwaltung gebeten, zwecks Nutzung der festgestellten Entwicklungschancen des Bezirksteilzentrums Aachener Straße im Zusammenhang mit dem Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld ein mittelfristig angelegtes Konzept mit Maßnahmenprogramm zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.
Nicht anwesend: Frau Müller, Frau Niewiesch, Herr Schüler, Frau Specht-Schäfer

Sachstand 05/06:

Unter Hinweis auf die zur Sitzung der BV 3 am 15.05.2006 unter TOP 10.2.2.3 umgedruckte Stellungnahme sieht die Verwaltung den **1. Absatz des Beschlusses als erledigt** an.

Sachstand 06/07:

Die Verwaltung erarbeitet derzeit das Einzelhandelskonzept Köln. Hierzu wird u.a. eine aktuelle Bestandsaufnahme und Bewertung aller Kölner Geschäftszentren durchgeführt. In diesem Zusammenhang werden auch die Entwicklungsmöglichkeiten des Bezirksteilzentrums Aachener Straße in Braunsfeld in einer separaten Beschlussvorlage für den Rat dargestellt, die in der Bezirksvertretung vorberaten werden soll.

Sachstand 07/08:

Nach dem derzeitigen Stand der Arbeiten wird das Einzelhandelskonzept Köln, in dem auch eine separate Abhandlung des Bezirksteilzentrums Aachener Straße enthalten ist, im zweiten Halbjahr 2009 der Bezirksvertretung zugeleitet werden.

Sachstand 06/09:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 07/10:

Das Kölner Einzelhandels- und Zentrenkonzept, das auch eine Bewertung des Bestandes und der Entwicklungsmöglichkeiten des Bezirksteilzentrums Aachener Straße enthält, steht unmittelbar vor der Fertigstellung und wird voraussichtlich im 4. Quartal 2010 der Bezirksvertretung Lindenthal zugeleitet

BV 3 am 31.01.2011

9.2.1 Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 3750/2010

1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Die Bezirksvertretung Lindenthal nimmt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln (Anlage 1 – Langfassung) als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zur Kenntnis und beschließt analog zum Bauleitplanverfahren die Offenlage im Stadtbezirk Lindenthal.

Die nachstehenden Änderungsvorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Lindenthal sind im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu berücksichtigen und ebenfalls den Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen:

1. In der Projektgruppe Einzelhandel werden Vertreter/innen der Seniorengemeinschaft und Vertreter/innen von Nicht-Auto-affinen-Verbänden aufgenommen.
2. Die Verwaltung muss die Instrumente der Steuerung deutlich schärfen und durch eine Expertise (auch juristischer) untermauern. Gegebenenfalls müssen Initiativen zu einer Veränderung der Rahmengesetzgebung des Landes NRW ergriffen werden.
3. Die Verwaltung soll Konzepte erarbeiten, wie der hohe Besatz an Nahversorgungseinrichtungen im Sondergebiet Marsdorf reduziert werden kann.
4. Die Verwaltung muss in diesem Konzept sicherstellen, dass die eventuelle Ansiedlung eines Großmarktes in Marsdorf nicht zusätzliche ergänzende Verkaufsflächen ermöglicht.
5. Das geplante Nahversorgungszentrum Aachener Straße auf dem ehemaligen RTL-Gelände wird als geplante Nahversorgungslage ausgewiesen.
6. Im Nahversorgungszentrum Lövenich ist die Fläche für den geplanten Supermarkt nur für die von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossene Flächengröße vorzusehen oder eine Fläche innerhalb des Gebietes für die Größe von 800 – 1000 qm (wie REWE-City-Märkte) zu ermöglichen.

7. Im Bereich der S-Bahn-Haltestelle Köln-Müngersdorf/Technologiepark soll eine Nahversorgungslage ausgewiesen werden.
8. Die Fehlentwicklung der Rhöndorfer Straße soll unverzüglich gestoppt werden. Keine weiteren Flächen sollen für einen weiteren Ausbau genehmigt und keine weitere Ansiedlung von Einzelhandel zugelassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Burauen, Frau Heithorst, Herr Hilgers, Herr Strassfeld

2. Beschluss (Vorlage):

Die Bezirksvertretung Lindenthal empfiehlt dem Rat, unter Berücksichtigung der von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossenen Änderungsvorschläge, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlage 1 - Langfassung) als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung. Beschlossen werden hiermit insbesondere die Zentren- und Standortstruktur, die Abgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche, die Steuerungs- und Ansiedlungsregeln sowie die Modifikation der Kölner Sortimentsliste.
Der Rat folgt damit auch den Empfehlungen der Projektgruppe Einzelhandelskonzept.
2. Zur Unterstützung der Umsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes beauftragt der Rat die Verwaltung, einen Konsultationskreis unter Beteiligung der Interessenvertretungen des Einzelhandels einzurichten. Die Verwaltung wird beauftragt hierzu ein Konzept zu erarbeiten und dem Rat zum Beschluss vorzulegen.
3. Der Rat nimmt die im Teil B des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes enthaltenen Handlungsempfehlungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die dargestellten Änderungen zu prüfen. Bei positivem Prüfergebnis erfolgt die Umsetzung im Rahmen der vorhandenen finanziellen und personellen Möglichkeiten. Zur konkreten Ausgestaltung, zur Finanzierung und zur zeitlichen Umsetzung von Einzelprojekten sind von den jeweils zuständigen Gremien Beschlüsse im Rahmen von Einzelvorlagen erforderlich.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes zu erarbeiten und zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Frau Burauen, Frau Heithorst, Herr Hilgers, Herr Strassgeld

Aktueller Sachstand:

Beschluss vom 26.01.2006, TOP 8.2.3

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, das auch eine Bewertung des Bestandes und der Entwicklungsmöglichkeiten des Stadtteilzentrums Braunsfeld, Aachener Straße, enthält, wurde durch die Verwaltung am 19.01.2011 im Stadtbezirk vorgestellt und am 31.01.2011 erstmalig in der Bezirksvertretung beraten. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird in der Zeit vom 17.11. bis 16.12.2011 eine

Offenlage im Bezirksrathaus Lindenthal stattfinden, deren Ergebnisse von der Verwaltung ausgewertet und zur abschließenden Beratung erneut in die Bezirksvertretung eingebracht werden. Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung im Bedarfsfall weitergehende Vorschläge zur Entwicklung des Stadtteilzentrums erarbeiten.

Beschluss vom 31.01.2011, TOP 9.2.1

Die Änderungsvorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden beschlussgemäß im Rahmen der Offenlage des EHZK in der Zeit vom 17.11. bis 16.12.2011 den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt und finden so Eingang in das Beteiligungsverfahren. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung werden nach Abschluss der Offenlage von der Verwaltung ausgewertet und zur abschließenden Beratung erneut in die Bezirksvertretung eingebracht.

**8.1.3 Umfeldverbesserung im Bereich des Weidener Hallenbades einschließlich Sporthallen
(Antrag der SPD-Fraktion)**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie das Umfeld des Weidener Hallenbades und der Mehrzweck-Sporthalle attraktiver und sicherer gestaltet werden kann. Dazu gehört eine bessere und saubere Umgebung, eine vernünftige Beleuchtung der Zuwege und eine ausreichende Ausschilderung des für Ortsunkundige etwas abseits liegende Hallenbades.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.
Nicht anwesend: Herr Hick, Frau Müller

Sachstand 05/06:

Die Hinweisbeschilderung an der Aachener Straße wird in Kürze installiert.

Sachstand 06/07:

Die Fachverwaltung ist noch im Prüfverfahren.

Sachstand 07/08:

Die Fachverwaltung hat keinen neuen Sachstand mitgeteilt.

Sachstand 06/09:

Die Planung für die allgemeine Ausschilderung der KölnBäder läuft. Das Weidener Bad ist in der Planung enthalten. Die Verwaltung ist zurzeit in Abstimmungsgesprächen. Es ist beabsichtigt, in 3 Prioritätsstufen auszuschildern. Im Abstimmungsgespräch werden u.a. die Prioritätsstufen festgelegt.

BV 3 am 01.02.2010

**8.1.4 Hallenbad in Köln-Weiden
(Antrag der CDU-Fraktion)
AN/0147/2010**

**8.1.9 Beleuchtung der Zuwege des Weidener Hallenbades und Beschilderung
im Ortsbereich
(Antrag der SPD-Fraktion)
AN/0152/2010**

Wegen des Sachzusammenhanges werden die beiden Tagesordnungspunkte 8.1.4 und 8.1.9 zusammen behandelt und die beiden Beschlussvorschläge der CDU- und SPD-Fraktion zusammengefasst.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, wie vom Bäderbeirat beschlossen, ein Konzept auszuarbeiten, wie man das Umfeld des Weidener Hallenbades attraktiver machen kann.

Im Bereich des Hallenbades und der Mehrzweckhalle ist eine vernünftige Beleuchtung der Zuwege zu installieren. Darüber hinaus ist eine ausreichende Ausschilderung sicherzustellen, damit auf das Hallenbad aufmerksam gemacht wird und Ortsunkundige dieses besser erreichen.

Um der berufstätigen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, das Bad zu nutzen, sollten die Öffnungszeiten samstags und sonntags (probeweise zunächst für ein halbes Jahr) unbedingt erweitert werden.

Außerdem ist sicherzustellen, dass das Bad nicht fälschlicherweise für ein nichtöffentliches Schulbad gehalten wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Sachstand 07/10:

Die Beschilderung zum Hallenbad Weiden wurde aus dem Konzept Kölner Bäder herausgelöst und als eigenständige Maßnahme abgeschlossen. Hier ist auch, wie auf den bereits vorhandenen Schildern, die Sporthalle enthalten. Die Maßnahme soll nach Sicherstellung der Finanzierung nach der Sommerpause umgesetzt werden.

Aktueller Sachstand:

Die Beschilderung wurde im Dezember 2010 montiert.

Der Beschluss ist damit erledigt.

**8.2.4 Renovierung der ehemaligen Schulbaracken an der Friedrich-Schmidt-Straße
(Antrag von Herrn Wolters/Pro Köln)**

Nachdem Frau Verheggen-Buschhaus im Namen der CDU-Fraktion einen weitergehenden Ersetzungsantrag gestellt hat, fasst die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bekräftigt ihren in der Sitzung am 07.11.2002 gefassten Beschluss, wonach die Verwaltung bzw. das Gebäudemanagement aufgefordert wird, das Gelände der ehemaligen Sonderschule Friedrich-Schmidt-Straße zu entsiegeln, den Zaun abzurechen und das Gelände an das Grünflächenamt so zu übergeben, dass eine Neuanpflanzung von Bäumen etc. möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.
16 Ja-Stimmen (5 CDU, 4 SPD, 4 Grüne,
2 FDP, 1 Pro Köln)
1 Enthaltung (SPD)
Nicht anwesend: Herr Hick, Frau Müller

Sachstand 05/06:

Der BV 3 wurde in der Sitzung am 15.05.2006 unter TOP 10.2.2.6 Folgendes mitgeteilt:

Nach Aufgabe des Schulstandortes und Ausweisung des Grundstücks im Flächennutzungsplan als Grünfläche hat die Gebäudewirtschaft keine Verwertungsmöglichkeit mehr hierfür. Unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung NRW und der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft wird deshalb seit diesem Zeitpunkt die für die Gebäudewirtschaft kostenneutrale Rückführung des Grundstücks in das allgemeine Liegenschaftsvermögen angestrebt. Aus den gleichen Gründen ist es der Gebäudewirtschaft nicht möglich, weitere Finanzmittel aus dem Wirtschaftsplan für diese Liegenschaft einzusetzen – z.B. für Entsiegelungsmaßnahmen.

Wann letztendlich die Rückführung des Grundstücks in das allgemeine Liegenschaftsvermögen vollzogen wird und damit die von 67/Amt für Landschaftspflege und Grünflächen beabsichtigte und der Beschlusslage der Bezirksvertretung Lindenthal und des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde entsprechende Erweiterung des Stadtwaldes möglich wird, vermag die Gebäudewirtschaft nicht zu beurteilen.

Sachstand 06/07:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 15.05.2007 die Übertragung des Grundstücks in das Allgemeine Liegenschaftsvermögen beschlossen.

Sachstand 07/08:

Die auf dem Grundstück seinerzeit vorhandenen Betonfundamente und Betonflächenversiegelungen wurden zwischenzeitlich entfernt. Die Gebäudewirtschaft geht davon aus, dass sich auf dem Grundstück keine „Altlasten“ mehr befinden.

Das freigestellte Grundstück soll kurzfristig an das Fachamt (Amt für Landschaftspflege und Grünflächen) übergeben werden. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen zur Renaturierung in die Wege geleitet.

Sachstand 06/09:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 07/10:

Die im Sachstandsbericht 2008 angekündigte Übergabe des Grundstückes an das Fachamt (Amt für Landschaftspflege und Grünflächen) hat noch nicht stattgefunden, da noch Nachbesserungsarbeiten erforderlich geworden sind. Im November 2009 wurde verwaltungsintern geklärt, dass eine Übertragung erst nach kompletter Freistellung (Aufwuchs, Asphalt, Gebäudereste) erfolgen wird.

Nach derzeitigem Sachstand muss zunächst eine Rodung der Fläche erfolgen, damit die Entfernung von Gebäuderesten und die Entsiegelung der Fläche erfolgen kann. Diese wird voraussichtlich ab Oktober (Ende Artenschutz) dieses Jahres durchgeführt. Erst nach entsprechender Rodung können die vorgenannten Folgearbeiten geleistet werden. Die Arbeiten werden derzeit von den beteiligten Ämtern koordiniert, da die Rodung und die Beseitigung der Fundamentreste etc. Hand in Hand gehen müssen, damit nach der Rodung nicht zuviel Zeit verstreicht und die Fläche erneut überwuchert.

Ziel ist es, die vorgenannten Arbeiten bis spätestens Ende Februar 2011 (Beginn Artenschutz) zum Abschluss zu bringen und im Anschluss die Fläche in die Verwaltung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen zu übertragen. Nach Aussage von dort wird dann die Fläche bei einer der kommenden Pflanzperioden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel aufgeforstet.

Aktueller Sachstand:

Hinsichtlich der Übertragung des Grundstückes in das allgemeine Liegenschaftsvermögen gibt es zurzeit noch verwaltungsinterne Abstimmungsprobleme zwischen der Gebäudewirtschaft und dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen.

**8.1.8 Erhalt des Kindergartens auf dem Gelände Am Petershof in Köln-Müngersdorf
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bekräftigt ihren Beschluss zum Kindergarten Petershof. Der Kindergarten soll weiterhin auf dem Gelände Am Petershof bleiben und dies soll bei einem eventuellen Verkauf sichergestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.
Nicht anwesend: Frau Specht-Schäfer

Sachstand 05/06:

Die Fachverwaltung hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 15.05.2006 wie folgt Stellung genommen:

„Als Ergebnis einer durchgeführten Standortanalyse und Projektentwicklungsrechnung wurde festgestellt, dass die Realisierung eines Neubaus auf einem Teilgrundstück der Schule „Wendelinstraße“ durchführbar und die wirtschaftlichere und nachhaltigere Variante gegenüber der Weiterführung der bestehenden Kindertagesstätte „Belvederestraße 17“ ist. Die bestehende Kindertagesstätte weist einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Weiterhin entspricht das Gebäude nicht den heutigen brand- und unfallrechtlichen Bedingungen, das gilt auch für das pädagogische Raumkonzept. Eine Anpassung, auch unter Berücksichtigung der denkmalgeschützten Gebäudeteile, ist fraglich und wirtschaftlich nicht zu vertreten. Der vorgesehene Ersatzstandort für die bestehende Kindertagesstätte „Belvederestraße“ ist rd. 280 m von dem bisherigen Standort entfernt. Das heißt eine Verdrängung an den Rand von Köln-Müngersdorf ist hier sicher nicht gegeben.

Der vorgesehene Ersatzstandort auf einem Teilgrundstück der Schule „Wendelinstraße“ wird abschließend als ein geeigneter Standort für den Neubau der Kindertagesstätte bewertet.

Derzeit prüft die Verwaltung Art und Umfang des erforderlichen Ersatzbaus, das heißt die Anzahl der Gruppen und die Gruppenstruktur müssen noch festgelegt werden. Die Verwaltung wird zur gegebenen Zeit einen entsprechenden Beschlussvorschlag für die politischen Gremien fertigen. Hierbei wird auch die Wirtschaftlichkeit des zu errichtenden Neubaus dargestellt.“

**7.2.5 Betreuungssituation für Kinder in Köln-Müngersdorf
(Gemeinsame Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
FDP-Fraktion)**

Für die Verwaltung erklärt Frau Parent, dass im Zusammenhang mit der Einführung der Offenen Ganztagschule die im Schulgebäude Wendelinstraße untergebrachte 3-gruppige Kindertagesstätte aufgelöst werden muss, da die Räumlichkeiten zu diesem Zweck benötigt werden. Während die Hortgruppe in die Offene Ganztagschule überführt wird, ist die Verlagerung der Kindergartengruppe in den Petershof vorgesehen. Dort werden durch die ebenfalls erforderliche Überführung der Hortgruppe in die Offene Ganztagschule Wendelinstraße entsprechende Räumlichkeiten frei. Hinsichtlich der kleinen altersgemischten Gruppe wird zur Zeit noch geprüft, in welche andere Einrichtung eine bedarfsgerechte Verlagerung möglich ist.

Frau Hoyer (FDP) fragt im Hinblick auf die bisherigen Aussagen der Verwaltung, wonach die beiden Kindertagesstätten Wendelinstraße und Petershof künftig in einem Neubau untergebracht werden sollen, nach dem aktuellen Sachstand.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Beschlusslage in den politischen Gremien. Danach hat sich sowohl die Bezirksvertretung Lindenthal als auch der Beschwerdeausschuss des Rates gegen die von der Verwaltung beabsichtigte Aufgabe des Gebäudes Petershof ausgesprochen.

Frau Parent bestätigt, dass innerhalb der Verwaltung Überlegungen bestehen, auf dem Schulgrundstück Wendelinstraße einen Neubau für eine Kindertagesstätte zu errichten und gleichzeitig den Standort Petershof aus wirtschaftlichen Gründen aufzugeben. Die Verwaltung wird den politischen Gremien zu gegebener Zeit eine entsprechende Beschlussvorlage zur Entscheidung vorlegen.

Sachstand 06/07:

Nach Auskunft der Fachverwaltung gibt es keinen neuen Sachstand.

Sachstand 07/08:

Kein neuer Sachstand.

BV 3 am 08.12.2008

**9.2.1 Planungsaufnahme für die Realisierung eines Ersatzbaus für die bestehende Kindertagesstätte: Belvedere Straße 17 in Köln-Müngersdorf
3208/2008**

Die Bezirksvertretung fasst folgenden geänderten **Beschluss**:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bekräftigt ihren Beschluss vom 15.05.2006, in dem sie sich für den Erhalt der Kindertageseinrichtung auf dem Gelände Belvedere Straße 17 (Am Petershof) ausgesprochen hat und empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Realisierung einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung auf einem Teilgrundstück der GGS Wendelinstraße ab. Die Weiterführung der bestehenden Kindertagesstätte auf dem Gelände Belvedere Straße 17 ist sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Nicht anwesend: Herr Knauf, Herr Körber, Frau Specht-Schäfer

Sachstand 06/09:

Die Beschlussvorlage (Planbeschluss) für den geplanten Ersatzbau der bestehenden Kindertagesstätte „Petershof“ wird zwischenzeitlich im Jugendhilfeausschuss behandelt. Allerdings wurde eine Beschlussfassung bislang wegen Klärungsbedarf zurückgestellt.

Sachstand 07/10:

Die Vorlage liegt dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 28.09.2010 zur Beschlussfassung vor.

Aktueller Sachstand:

Die Verwaltung hat der Bezirksvertretung Lindenthal in ihrer Sitzung am 30.05.2011 unter TOP 7.2.3 Folgendes mitgeteilt:

„Derzeit wird ein Ersatzbau an der Wendelinstraße geplant. Der Planungsbeschluss wurde durch den Jugendhilfeausschuss am 16.11.2010 gefasst. Dieses Gebäude ist für vier Gruppen vorgesehen, bietet mehr Platz und die Chance, die Versorgung der Kinder nach dem heutigen Standard zu gewährleisten. Nach Fertigstellung der neuen Einrichtung wird die Kita an der Belvederestraße nicht mehr benötigt, da die Versorgung für Kinder U3 dann bei über 30 % und die der Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sogar bei 130 % liegt. Um die Versorgung von Kindern in anderen Stadtteilen sicherstellen zu können, soll diese Einrichtung daher aufgegeben werden.“

Der Beschluss ist damit erledigt.

**8.1.6 Realisierungs- und Finanzierungskonzept für das im Rahmenplan Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld enthaltene begrünte Fuß- und Radwegenetz
(Antrag der CDU-Fraktion)**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, ein Realisierungs- und Finanzierungskonzept für das in der Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld enthaltene begrünte Fuß- und Radwegenetz – soweit es auf dem Gebiet des Bezirks Lindenthal gelegen ist – vorzulegen.
2. Wegen des gebietsübergreifenden Inhalts des Punktes 5.7 des Rahmenplans auf die Bezirke 3 (Lindenthal) und 4 (Ehrenfeld) bittet die Bezirksvertretung Lindenthal die Verwaltung - falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld einen entsprechenden Beschluss fassen sollte -, ihr die Umsetzung dieses Beschlusses zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Sachstand 06/07:

Das Konzept befindet sich in Bearbeitung unter Beachtung der Ergebnisse des Workshops „Verkehrskonzept Müngersdorf/Braunsfeld“ des Rahmenplanungsbeirates Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld.

Sachstand 07/08:

Kein neuer Sachstand.

Sachstand 06/09:

Die Verwaltung ist derzeit damit befasst, die Voraussetzungen für die Realisierung der Maßnahmen zu schaffen. Zur Umsetzung des begrünten Fuß- und Radwegenetzes sind u.a. noch Flächenankäufe zu tätigen.

Sachstand 07/10:

Derzeit wird geklärt, wie mit der ehemaligen Eisenbahnbrücke an der Weinsbergstraße verfahren wird. Die Brücke ist ein wesentlicher Bestandteil des geplanten Fuß- und Radwegenetzes.

Aktueller Sachstand:

Im Oktober 2010 wurde vom Rat beschlossen, eine Machbarkeitsstudie zur Brückenplanung durchzuführen und erst wenn das Ergebnis vorliegt und die Finanzierung des Brückenneubaus sichergestellt ist, die ehemalige Eisenbahnbrücke abzurechnen. Die Machbarkeitsstudie dient dazu, die Planungen und wirtschaftlichen Lösungen in Bezug auf Investitions- und Folgekosten aufzuzeigen. Die Brücke ist ein wesentlicher Bestandteil des geplanten Fuß- und Radwegenetzes.